

Jan-Holger Kirsch

„Sichtbarer Beweis der bewältigten Vergangenheit?“
Deutsche Gedenktage als strategische Erzählungen
vom Nationalsozialismus

das Sagbare sagen
das Erfahrbare erfahren
das Entscheidbare entscheiden
das Erreichbare erreichen
das Wiederholbare wiederholen
das Beendbare beenden

das nicht Sagbare
das nicht Erfahrbare
das nicht Entscheidbare
das nicht Erreichbare
das nicht Wiederholbare
das nicht Beendbare

das nicht Beendbare nicht beenden

(Helmut Heißenbüttel)¹

Einleitung

Im Juni 1991 jährte sich der deutsche Angriff auf die Sowjetunion zum fünfzigsten Mal. Aus diesem Anlaß fragte der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz, ob nicht bald ein „Ende der Gedenktage“ abzusehen sei. Mit Blick auf die zahlreichen Gedenkveranstaltungen der Vorjahre sprach er von „Exerzitien eines gequälten Bewusstseins“ und einer „kollektiven Vergangenheitsneurose“. Die „Gespenster der jüngsten Vergangenheit“ – gemeint war der Nationalsozialismus – könnten und sollten „im grauen Strom Lethe versinken“.²

¹ In: H. HARTUNG (Hrsg.), *Jahrhundertgedächtnis. Deutsche Lyrik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1998, S. 224.

² H. SCHWARZ, *Ende der Gedenktage?*, in: *Die Welt*, 29.06.1991, S. 2. Inzwischen, rund zehn Jahre später, mag es eine Überlegung wert sein, ob der Nutzen des Vergessens

Die Ansicht, dem öffentlichen Erinnern sei endlich Genüge getan, ist bekanntlich nicht erst in den 1990er Jahren aufgekommen; sie hat die Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik seit der unmittelbaren Nachkriegszeit begleitet. Infolge der deutschen Einheit könnte man nun vermuten, daß sich diese Haltung durchsetzen und der Nationalsozialismus an Beachtung verlieren werde. Im ersten Jahrzehnt der Berliner Republik war jedoch das Gegenteil der Fall: Daten wie der fünfzigste Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944, der fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes vom 8. Mai 1945 und der sechzigste Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9./10. November 1938 fanden ein breites gesellschaftliches Interesse. Die Neue Rechte sprach vor diesem Hintergrund von einer „Gleichschaltungskampagne“,³ und eher linke Autoren merkten an, die „Vergangenheitsbewältigung“ habe „zu den schlimmsten Auswüchsen von Appellitis auf deutschem Boden geführt“.⁴ In wissenschaftlichen Beiträgen wird ein Übergang von der „Erinnerungslast“ zur „Erinnerungslust“ ebenfalls mit Skepsis kommentiert.⁵

Bevor man bestimmte Tendenzen des aktuellen Kulturbetriebs kritisiert, ist es aber erforderlich, die Merkmale des historischen Erinnerns grundsätzlicher in den Blick zu nehmen. Im ersten Teil werden daher Funktionen von Gedenktagen erläutern und Einwände gegen sie diskutiert. Im zweiten Teil soll der Gedenkkalender beschrieben werden, der nach 1949 in den beiden deutschen Staaten entstanden ist: Welche Erinnerungsanlässe wurden als maßgeblich betrachtet, und welche Deutungsmuster kamen dabei zum Ausdruck? Im dritten Teil wird skizziert, wie sich die deutsche Einheit bisher auf den Gedenkkalender ausgewirkt hat. Dies ist notwendigerweise mit der Frage verbunden, wie die Veränderungen zu bewerten sind. Den drei Abschnitten liegen folgende Leitthesen zugrunde:

1. Gedenktage sind als Medien der gesellschaftlichen Selbstreflexion nach wie vor geeignet. Insbesondere für die Holocaust-Erinnerung müssen allerdings Formen gefunden werden, die rituelle und diskursive Elemente verbinden.⁶

denjenigen des Erinnerns nicht überwiegt (vgl. die Polemik von R. BURGER, *Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Ein Plädoyer für das Vergessen*, in: *Europäische Rundschau* 29 [2001], S. 3-13). Als alleinige Entgegensetzung halte ich dies aber für irreführend; zu fragen ist eher nach dritten Wegen jenseits des selbstgerechten Erinnerungsjargons und des völligen Vergessens.

³ So etwa U. SCHACHT, *Das Maß der Erschütterung. Zum 50. Jahrestag des 8. Mai 1945*, in: DERS./H. SCHWILK, *Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989*, München 1997, S. 49.

⁴ So etwa R. WILLEMSSEN, Art. „Vergangenheitsbewältigung“, in: W. DROSTE/K. BITTERMANN (Hrsg.), *Das Wörterbuch des Gutmenschen*, Bd. 2: *Zur Kritik von Plapperjargon und Gesinnungssprache*, Berlin 1995, S. 188.

⁵ P. REICHEL, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München/Wien 1995, überarbeitete Taschenbuch-Ausgabe Frankfurt a.M. 1999, S. 286. Vgl. auch K.L. KLEIN, *On the Emergence of „Memory“ in Historical Discourse*, in: *Representations* 69 (2000), S. 127-150.

⁶ Darin folge ich E. KLAUSA, *Die deutsche Gedenkreigion des Holocaust*, in: *Merkur* 53 (1999), S. 920.

2. Die Gedenktage, mit denen in der Bonner Republik und in der DDR an den Nationalsozialismus erinnert wurde, waren vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren durch Konstruktionen von Opferschaft und Heldentum bestimmt. Dabei wurde die NS-Zeit keineswegs verschwiegen, sondern sehr wortreich in „strategische Erzählungen“ eingebaut.⁷ Solche Erzählungen dienten ebenso der politischen Außendarstellung im Ost-West-Konflikt wie der gesellschaftlichen Binnenintegration.

3. Durch das Ende des Systemgegensatzes und den wachsenden Zeitabstand wird es für die heutigen Akteure prinzipiell möglich, sich dem historischen Geschehen des Nationalsozialismus unvoreingenommener zu stellen.⁸ Tendenzen zur Trivialisierung, Kommerzialisierung, Mythisierung und erneuten Politisierung des Gedenkens sind andererseits unverkennbar. Für ein reflektiertes Geschichtsbewußtsein ist deshalb nicht allein entscheidend, welche Daten den offiziellen Gedenkkalender bilden. Noch wichtiger ist es, das Gedenken an jedem dieser Daten auf historische Inhalte zurückzubeziehen und die Schwierigkeiten der eigenen Annäherung ausdrücklich zu thematisieren.

Politische Gedenktage als Medien der historischen Repräsentation: Funktionen und Kritik

Die Überschrift hebt ein Spannungsverhältnis hervor: Zum einen folgen Gedenktage den Rationalitätskriterien des politischen Systems und der politischen Öffentlichkeit. Zum anderen verweisen sie auf frühere Ereignisse, die sich verschieden interpretieren, in ihrer Faktizität aber nicht ändern lassen. Dem Bedarf an Revision unter wechselnden Gegenwartsbedingungen steht das Eigenrecht der Vergangenheit gegenüber. Dieses oft konfliktträchtige Aufeinandertreffen läßt sich mit dem Leitbegriff der ‚Geschichtspolitik‘ umschreiben,⁹ der allerdings nicht hinreichend ist, um Gedenktage als spezifische Medien des kulturellen Gedächtnisses zu erfassen. Im folgenden sollen vier Funktionen moderner politischer Gedenktage unterschieden werden:¹⁰

⁷ A. WÖLL, „Wegweisend für das deutsche Volk“ – Der 20. Juli 1944: Öffentliche Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, in: H. KÖNIG/M. KOHLSTRUCK/A. WÖLL (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 26. Mit dem Strategiebegriff ist nicht gemeint, daß es sich stets um bewußte Manipulationen der Vergangenheit gehandelt habe. Es geht auch um unbewußte Deutungsmuster, die zumeist parteiübergreifend wirksam waren.

⁸ Vgl. dazu das Generationenmodell von J. RÜSEN, *Holocaust, Erinnerung, Identität. Drei Formen generationeller Praktiken des Erinnerns*, in: H. WELZER (Hrsg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, S. 243-259.

⁹ Vgl. v.a. E. WOLFRUM, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999; DERS., *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001.

¹⁰ Für eine ausführlichere Darstellung, die auch die Vormoderne einbezieht, vgl. T. SCHMIDT, *Kalender und Gedächtnis. Erinnern im Rhythmus der Zeit*, Göttingen 2000.

Tradierungsfunktion, Systemsicherungsfunktion, Integrationsfunktion und Aufmerksamkeitsfunktion. Alle vier Aspekte enthalten bestimmte Chancen und Gefahren.

1. *Tradierungsfunktion*: Die generationenübergreifende Weitergabe von Wissensbeständen und Wertvorstellungen einer Gesellschaft vollzieht sich nicht naturwüchsig; Traditionen erfordern „kulturelle Strategien der Dauer“.¹¹ Die Beschleunigung als Grundsignatur der Moderne hat zwar viele Traditionen zersetzt, die Suche nach Orientierung in der Zeit aber noch verstärkt.¹² Zu dieser Orientierung tragen Gedenktage bei, indem sie markante Ereignisse der Vergangenheit in eine Beziehung zur Gegenwart bringen. Der Geschichtswissenschaft bieten sie eine Gelegenheit, um auf zukunftsfähige oder kritikbedürftige Traditionsbestände hinzuweisen. Umgekehrt erhält die Wissenschaft durch das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit neue Forschungsanstöße, die über den Gedenktag hinauswirken. Eine so verstandene Tradierung stellt die Vergangenheit nicht still, sondern schließt Prozesse des kulturellen Wandels durch historisches Lernen ein.

Die Einwände gegen diese idealistische Sicht liegen auf der Hand: Gedenktage tendieren zu einer Veräußerlichung und Verfestigung des Erinnerten. An die Stelle eigener Erfahrungen treten kulturell normierte Bilder, die stärker den Gegenwartsbedürfnissen folgen als den geschichtlichen Tatsachen. Zudem ist fraglich, ob das Begehen von Gedenktagen tatsächlich ein öffentliches Interesse dokumentiert oder sich eher aus der kalendarischen Arithmetik runder Zahlen ergibt. Der Vergangenheitsbezug sei „nirgends weniger intensiv und weniger durch den Charakter der historischen Entwicklung selbst bestimmt als beim Gedenken“, schreibt etwa der niederländische Geschichtstheoretiker Frank Ankersmit.¹³

Für die Geschichtswissenschaft besteht die Gefahr, daß sie sich auf die Rolle eines Zulieferers für den Kulturbetrieb reduzieren läßt und dabei ihre fachlichen Standards vernachlässigt. Methodisch ist die Gedenktagshistorie nämlich auf große Persönlichkeiten und herausragende Einzelereignisse fixiert: „Was in Wahrheit Geschichte ausmacht – allmählicher Wandel, plötzliche Umbrüche und fortdauernde Strukturen –, geht im Potpourri punktueller Erinnerungen unter.“¹⁴ Zudem ist auf die Einseitigkeiten einer Event-

Er liefert anschauliche Beispiele und begriffliche Präzisierungen, jedoch keine Systematik oder Entwicklungsgeschichte von Gedenktagen.

11 Vgl. A. ASSMANN, *Zeit und Tradition. Kulturelle Strategien der Dauer*, Köln/Weimar/Wien 1999.

12 Vgl. etwa A. CAVALLI, *Die Rolle des Gedächtnisses in der Moderne*, in: A. ASSMANN/D. HARTH (Hrsg.), *Kultur als Lebenswelt und Monument*, Frankfurt a.M. 1991, S. 200-210.

13 F. ANKERSMIT, *Die postmoderne „Privatisierung“ der Vergangenheit*, in: H. NAGL-DOCEKAL (Hrsg.), *Der Sinn des Historischen. Geschichtsphilosophische Debatten*, Frankfurt a.M. 1996, S. 231. Ähnlich REICHEL (wie Anm. 5), S. 229 f.

14 H. SCHLAFFER, *Gedenktage*, in: *Merkur* 43 (1989), S. 84. Vgl. auch DERS., *Feiertage der Wissenschaft*, in: *Frankfurter Rundschau*, 02.03.1999, S. 7; P. BÜRGER, *Über den Umgang mit Vergangenheit*, in: *Neue Rundschau* 105 (1994), H. 4, S. 164 ff.

Kultur hinzuweisen, die das Gedenken für sachfremde, überwiegend ökonomische Zwecke vereinnahmt.¹⁵

2. *Systemsicherungsfunktion*: Sofern Gedenktage offiziell angeordnet, organisiert oder gefördert werden, gehören sie der staatlichen Selbstdarstellung an. Gegenüber dem Ausland sollen sie das eigene Territorium, die eigene Kultur, die eigenen Verfassungsprinzipien etc. repräsentieren. Innenpolitisch sollen sie den Bürgern die abstrakte Idee der Nation näherbringen und eine bestimmte Herrschaftsordnung legitimieren. Gedenktage dienen somit zur „Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Erschaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung“¹⁶.

Die Idee einer patriotischen Vergemeinschaftung mit Hilfe von Geschichte ist nicht erst im modernen Nationalstaat aufgekommen. Bereits 1761 erklärte der preußische Kameralist Johann Heinrich Gottlob von Justi: „Es wird wohl kein Land seyn, das nicht das Andenken eines besonders glücklichen Vorfalls, der dem ganzen Land zu statten gekommen wäre, feyren könnte. Ein ehemals befochtener wichtiger Sieg, der das ganze Land von einer großen Gefahr befreyet hat, eine Errettung aus einer allgemeinen Landesnoth, und dergleichen Begebenheiten, würden genugsame Veranlassungen zu dergleichen Freudenfesten an die Hand geben können; und wenn dergleichen ermangelten; so würde der Geburthstag des Regenten hierzu die Gelegenheit seyn können.“¹⁷

Noch den heutigen Gedenktagen haften solche Legitimationszwecke an. Auch hier besteht eine „Allianz zwischen Herrschaft und Gedächtnis“, die zugleich eine „Allianz zwischen Herrschaft und Vergessen“ ist.¹⁸ Um die politische Deformation von Geschichte zumindest zu verringern, sind in einer Demokratie deshalb kognitive, ästhetische und politische Gegenkräfte erforderlich, die keiner staatlichen Steuerung unterliegen.¹⁹ Die Systemsicherung ergibt sich dann aus einem geregelten Dissens und einem Mindestmaß an normativer Übereinstimmung.

3. *Integrationsfunktion*: Unabhängig von einer bestimmten politischen Ordnung besteht die Notwendigkeit, daß eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt öffentlich herstellt und darstellt. Zyklische Gedenkrituale erneuern die Sinnressourcen, erklären das Gewordensein der Gegenwart und eröffnen

¹⁵ Vgl. K. BERGMANN, Art. „Gedenktage, Gedenkjahre“, in: DERS. u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Geschichtsdidaktik*, Seelze-Velber 1997², S. 766.

¹⁶ D. SCHILLER, *Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43 (1993) 25, S. 32.

¹⁷ Zit. nach H. STEKL, *Politische Feste und nationale Feiertage in Deutschland*, in: *Beiträge zur historischen Sozialkunde* 26 (1996), S. 20.

¹⁸ Vgl. allgemein J. ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992, S. 70-73.

¹⁹ Zur Aufgliederung dieser drei Dimensionen und zu ihrem Verhältnis vgl. J. RÜSEN, *Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken*, in: DERS., *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbeußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 211-234.

Perspektiven für die Zukunft.²⁰ Nicht nur vormoderne Sozialverbände sind auf eine derartige Integration angewiesen. Gerade wegen der starken Fragmentierung moderner Gesellschaften ist eine übergeordnete ‚Zivilreligion‘ unverzichtbar.²¹

Diese Perspektive gibt wiederum Anlaß zu Einwänden. So wird die soziale Integration an Gedenktagen häufig über Feindbilder hergestellt, die Fremde abwerten und ausgrenzen. Gedenkrituale neigen dazu, das Identitätskonzept der Eigengruppe zu affirmieren: „Geschichte wird an diesen Tagen [...] als eine in sich stimmige, in sich schlüssige Geschichte erzählt, die keinen oder allenfalls berechenbar zumutbaren Raum für Selbstzweifel läßt. Sie muß so verlaufen sein, wie man gern hätte, daß sie verlaufen wäre. Sie erfüllte sonst ihre Zwecke nicht.“²²

Solche Vorbehalte sind vielfach berechtigt. Gedenktage können jedoch auch kontrovers verlaufen und Widersprüche offenlegen, die die Initiatoren eigentlich verdeckt halten wollen. Beispielsweise formierte sich in der ‚Bitburg-Affäre‘ von 1985 eine regierungskritische Gegenöffentlichkeit. Es wurde erkennbar, daß die heutigen Deutschen nicht als Teil einer imaginären atlantischen Wertegemeinschaft an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnern können, sondern daß sie die Perspektiven der NS-Opfer und die Schuld der Täter zu berücksichtigen haben.²³ Diese Konflikthaftigkeit des Gedenkens muß nicht zu gesellschaftlicher Desintegration führen; vielmehr stellt sie die Integration auf eine tragfähigere Grundlage.²⁴

4. **Aufmerksamkeitsfunktion:** Gedenktage unterbrechen den profanen Alltag, lenken den Blick auf gesellschaftliche Wertmaßstäbe und wirken der Beliebigkeit entgegen. In einer Zeit virtueller Informationshypertrophie sind Schwerpunktssetzungen nötiger denn je; Aufmerksamkeit wird im öffentlichen und privaten Leben zur knappen Ressource.²⁵ Sie ist freilich nicht durch eine möglichst hohe Zahl von Gedenktagen zu steigern. Das Erinnern funktioniert erst in Kombination mit einem entschiedenen Vergessen: „Jede Kultur, jede Gruppe muß aus der Unmasse von Geschehnissen, Sachverhalten und Namen einige wenige semantisch stark anreichern, sie hervorheben aus allen anderen, um Referenzpunkte zu gewinnen, auf die sich alle Gruppenmitglieder beziehen. erinnerte man sich an alles, hätte nichts mehr Bedeu-

²⁰ Vgl. etwa P. CONNERTON, *How societies remember*, Cambridge u.a. 1989.

²¹ Vgl. etwa L. DI BLASI, *Zivilreligion und antifaschistischer Grundkonsens*, in: *Zeitschrift für Politik* 47 (2000), S. 369-387.

²² BERGMANN (wie Anm. 15), S. 763.

²³ Vgl. J.-H. KIRSCH, „*Wir haben aus der Geschichte gelernt*“. *Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 79-95, mit weiterer Literatur.

²⁴ Vgl. aus allgemeinerer Perspektive H. DUBIEL, *Integration durch Konflikt?*, in: J. FRIEDRICHS/W. JAGODZINSKI (Hrsg.), *Soziale Integration*, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 132-143.

²⁵ Vgl. etwa G. FRANCK, *Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf*, München/Wien 1998; F. RÖTZER, *Aufmerksamkeit als Medium der Öffentlichkeit*, in: R. MARESCH/N. WERBER (Hrsg.), *Kommunikation, Medien, Macht*, Frankfurt a.M. 1999, S. 35-58.

tung.“²⁶ Für Historiker ist deshalb von besonderem Interesse, welche Daten ausgewählt werden, welche Erzählweisen sie hervorbringen und welche Elemente geschichtlicher Erfahrung unbeachtet bleiben.

Nun soll es konkreter um die Gedenktage gehen, mit denen die beiden deutschen Staaten ihre nationalsozialistische Vorgeschichte in den eigenen Symbolhaushalt aufnahmen. Aus den genannten Funktionen ergeben sich zahlreiche Fragen, die im folgenden zumindest ansatzweise zu berücksichtigen sind:

- Wie verhalten sich die Tradierungsfunktion und die Systemsicherungsfunktion zueinander, d.h. welche Divergenzen bestehen zwischen dem historischen und dem politischen Gehalt des Erinnernten?
- Welche Integrationsangebote macht der kollektive Erzählrahmen, der an Gedenktagen inszeniert wird, den individuellen Akteuren? Wo tun sich Spannungen zwischen persönlicher Erfahrung und kultureller Formung auf?
- Welche Geschichtsbilder konkurrieren zu einem bestimmten Zeitpunkt miteinander (synchrone Perspektive)? Wie verschieben sich die Aufmerksamkeitsmuster und Thematisierungsformen im Verlauf mehrerer Jahrzehnte (diachrone Perspektive)?

Der deutsch-deutsche Gedenkkalender nach 1949:

Opferschaft und Heldentum als Filter historischer Erfahrungen

Aus heutiger Sicht sind zahllose Geschehnisse der NS-Zeit potentiell erinnerungswürdig: etwa die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, die Errichtung des KZ Dachau vom 22. März 1933, der Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933, der Runderlaß Himmlers zur systematischen Erfassung der ‚Zigeuner‘ vom 8. Dezember 1938, die Bildung des Reichssicherheitshauptamts vom 27. September 1939, der ‚Kommissarbefehl‘ vom 6. Juni 1941, die Verbrennung des Dorfs Lidice und seiner Bewohner vom 10. Juni 1942 – um nur wenige Daten zu nennen, die trotz ihrer geschichtlichen Bedeutung keine Gedenktage geworden sind.

Die Transformation vergangener Ereignisse in Anlässe des Gedenkens hängt unter anderem davon ab, welche Inhalte sich in eine identitätskonkrete Narrativstruktur bringen lassen.²⁷ So nennt der Sprach- und Literaturwissenschaftler Tzvetan Todorov zwei Haupttypen historischer Darstellung, die eine Identifikation mit der eigenen Vergangenheit erlauben: „die heroische Erzählung, die vom Triumph der Unsrigen kündigt, und die Opfererzählung, die von deren Leiden berichtet“. Beide Formen gestatten es, ein positives

²⁶ E. FLAIG, *Soziale Bedingungen des kulturellen Vergessens*, in: G. DIDI-HUBERMAN u.a., *Die Ordnung des Materials*, Berlin 1999, S. 93.

²⁷ Den Begriff der ‚Identitätskonkretheit‘ oder ‚Gruppenbezogenheit‘ des kulturellen Gedächtnisses hat J. ASSMANN eingeführt; vgl. zuerst DERS., *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: DERS./T. HÖLSCHER (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1988, S. 13.

Selbstbild zu tradieren. Sie sind moralisch eindimensional, da sie ‚uns‘ stets als ‚die Guten‘ exponieren, beziehen aber gerade daraus ihre Attraktivität.²⁸

Das deutsche Gedenken an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg wurde lange von Mustern der heroischen Erzählung und der Opfererzählung dominiert.²⁹ Sie erlaubten es, die NS-Zeit nicht komplett auszublenden (was aus verschiedenen Gründen unmöglich war), aber den gesellschaftlichen ‚Latenzschutz‘ zu bewahren.³⁰ Dabei läßt sich in den Erinnerungskulturen der Bonner Republik und der DDR „mehr an verborgenen Gemeinsamkeiten finden [...], als dies bisher vermutet wird.“³¹ Einige Divergenzen und Analogien des deutsch-deutschen Gedenkkalenders seien deshalb kurz erläutert.

Das einzige Anniversarium,³² das in der alten Bundesrepublik ausdrücklich auf den Nationalsozialismus hinwies, war der 20. Juli. Diese Sicht wäre jedoch zu eng, um den Stellenwert der NS-Zeit für das westdeutsche Gedenken zu bestimmen. Der 17. Juni und der Volkstrauertag ermöglichten ebenfalls jährliche Bezüge zum Nationalsozialismus, so daß diese Epoche im öffentlichen Erinnern einen durchaus zentralen Rang erhielt. Auffällig ist nämlich auch, daß es keinen regulären Gedenktag für weiter zurückliegende Ereignisse gab und daß der Verfassungstag am 23. Mai kaum beachtet wurde.

²⁸ Vgl. T. TODOROV, *Vom Nutzen der Erinnerung an die Gewalt*, in: J. RÜSEN/H. LEITGEB/N. JEGELKA (Hrsg.), *Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung*, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 196.

²⁹ Nach Kriegsende wirkten Schemata fort, die im Nationalsozialismus selbst geprägt worden waren. Vgl. etwa P. REICHEL, *Helden und Opfer. Zwischen Pietät und Politik: Die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert*, in: M.T. GREVEN/O. VON WROCHEM (Hrsg.), *Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik*, Opladen 2000, S. 167-182; M.L. HUGHES, „Through No Fault of Our Own“: *West Germans Remember Their War Losses*, in: *German History* 18 (2000), S. 193-213; R.G. MOELLER, *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley/Los Angeles/London 2001; M. KUMPFMÜLLER, *Die Schlacht um Stalingrad. Metamorphosen eines deutschen Mythos*, München 1995.

³⁰ Vgl. den systemtheoretischen Ansatz von J. KÖLSCH, *Politik und Gedächtnis. Zur Soziologie funktionaler Kultivierung von Erinnerung*, Wiesbaden 2000.

³¹ J. DANYEL, *Die beiden deutschen Staaten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. Elitenwechsel und Vergangenheitspolitik*, in: C. KLESSMANN/H. MISSELWITZ/G. WICHERT (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 129. Die vielschichtige Übergangsphase von 1945 bis 1949 kann hier leider nicht berücksichtigt werden.

³² Ein jährlicher Gedenktag wird als Anniversarium, ein in mehrjährigem Abstand begangener Gedenktag als Jubiläum bezeichnet (wobei es sich nicht um einen freudigen Anlaß handeln muß). Vgl. M. MITTERAUER, *Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage*, in: E. BRIX/H. STEKL (Hrsg.), *Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa*, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 23-89.

Nachdem von 1950 bis 1952 ein ‚nationaler Gedenktag‘ am 7. bzw. 12. September begangen worden war,³³ kam der Ost-Berliner Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 wie gerufen, um der Bundesrepublik zu einem mythenfähigeren Datum zu verhelfen. Bereits 1953 wurde der neue Gedenktag eingeführt und 1954 zum ersten Mal begangen. Die Proteste hätten gezeigt – so der Tenor vieler Gedenkreden bis Mitte der sechziger Jahre –, daß die Deutschen zum Kampf gegen den ‚Totalitarismus‘ gewillt seien. Der Aufstand wurde in eine Tradition von Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte eingereiht und speziell mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 verbunden.

Dies erfüllte die Systemsicherungsfunktion auf doppelte Weise: Gegenüber der DDR profilierte sich die Bundesrepublik als freier Teil Deutschlands; gegenüber ihrer nationalsozialistischen Vorgeschichte betrachtete sie sich als moralisch rehabilitiert. So erklärte der CDU-Politiker Rainer Barzel den 17. Juni im Jahr 1964 zum „sichtbaren Beweis der bewältigten Vergangenheit in unserem Volk“.³⁴ Die gesellschaftliche Integrationsfunktion erfüllte der Gedenktag ebenfalls: Mahnfeuer, Fackelläufe und andere rituelle Inszenierungen der fünfziger Jahre standen in einer deutlichen Kontinuität zum Totenkult der NS-Zeit. In dem Maße jedoch, wie sich die Bundesrepublik als Staat festigte, der Reichsgedanke verblaßte und die deutsche Teilung fort dauerte, ging die Aufmerksamkeit für den 17. Juni zurück. Schon in den sechziger Jahren wurde mehrfach die Abschaffung dieses Gedenktags erwogen, zu der man sich bis 1989/90 aber nie durchringen konnte.³⁵

Der Verweis vom 17. Juni auf den 20. Juli war auch in umgekehrter Richtung möglich. Gängig war etwa die Analogiebildung, Berlin sei „1944 und 1953 Herzmitte eines Aufstands des Gewissens“ gewesen.³⁶ Der Nutzen des

³³ Am 7. September 1949 hatten sich Bundestag und Bundesrat konstituiert, am 12. September 1949 war der Bundespräsident gewählt worden. Diesen Daten fehlte ‚jedes dramatische Element‘. Vgl. S. BEHRENBECK, *Rituale des Zwiespalts. Politische Feiertage in Ost und West*, in: H. HASTEDT u.a. (Hrsg.), *Zeichen und Mythen in Ost und West*, Rostock 1999, S. 50–53.

³⁴ Zit. nach E. WOLFRUM, *Der Kult um den verlorenen Nationalstaat in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der 60er Jahre*, in: *Historische Anthropologie* 5 (1997), S. 100.

³⁵ Vgl. die umfassende Darstellung von WOLFRUM (wie Anm. 9); außerdem M. HETTLING, *Umstritten, vergessen, erfolgreich. Der 17. Juni als bundesdeutscher Nationalfeiertag*, in: *Deutschland-Archiv* 33 (2000), S. 433–441. Eine offizielle Abkehr vom 17. Juni hätte als Verzicht auf das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes verstanden werden können.

³⁶ So Bundespräsident Heinrich Lübke in einer Rede zum 20. Juli 1964; zit. nach U. EMRICH/J. NÖTZOLD, *Der 20. Juli 1944 in den offiziellen Gedenkreden der Bundesrepublik und in der Darstellung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34 (1984) 26, S. 6. Ab 1965 wurde der Bezug zum 17. Juni dann nur noch sporadisch hergestellt; vgl. R. HOLLER, *20. Juli 1944. Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der*

Attentats auf Hitler für die bundesdeutsche Gegenwart war aber noch grundsätzlicher. In einer Rede von 1954 dankte Bundespräsident Theodor Heuss den Männern des 20. Juli „für ein Vermächtnis, das durch das stolze Sterben dem Leben der Nation geschenkt wurde. Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt.“³⁷ Damit signalisierte Heuss, daß die Deutschen Hitler nur unter Zwang gefolgt seien und daß die Alliierten ihnen volle Souveränität gewähren könnten. Die Absage an den Nationalsozialismus verband er mit der Bekräftigung von scheinbar zeitlosen Kategorien der nationalen Ehre, die den Zuhörern vertraut waren.³⁸

Dennoch bildete der 20. Juli anfangs einen prekären Erinnerungsanlaß für die westdeutsche Demokratie.³⁹ Zum einen mußten die teilweise antidemokratischen Ziele der Verschwörer in den Hintergrund gerückt werden, um die Geburt des Grundgesetzes aus dem Geist des Widerstands behaupten zu können. Zum anderen sollte nicht der Eindruck entstehen, als werde von der großen Mehrheit der Deutschen Rechenschaft über ihr Verhalten im Nationalsozialismus verlangt.

Besonders problematisch war es für die Bundeswehr, sich in eine positive Tradition zum 20. Juli zu stellen. 1959 formulierte Generalinspekteur Adolf Heusinger erstmals einen Tagesbefehl zu diesem Anlaß: „Die tragische Wahrscheinlichkeit des Scheiterns vor Augen entschlossen sich freiheitlich gesinnte Kräfte aus allen Lagern, in vorderster Front Männer aus den Reihen der Soldaten, zum Sturz des Tyrannen. Das christlich-humanistische Verantwortungsbewußtsein, das diesen Entschluß bestimmte, gab ihrem Märtyrertum die Weihe. Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in Ehrfurcht vor dem Opfer dieser Männer, deren Gewissen durch ihr Wissen aufgerufen war. Sie sind die vornehmsten Zeugen gegen die Kollektivschuld des deutschen

Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen von 1945–1986, München u.a. 1994, S. 205 und S. 218.

³⁷ TH. HEUSS, *Der 20. Juli 1944* (1954), in: GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944. Reden zu einem Tag deutscher Geschichte*, Bd. 1, Berlin 1984, S. 61. Die an der Vorbereitung des Anschlags ebenfalls beteiligten Frauen ließ Heuss unerwähnt. Die geschändete deutsche Nation war weiblich konnotiert, der heroische Widerstandsakt dagegen männlich.

³⁸ Vgl. U. BAUMGÄRTNER, *Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*, Stuttgart 2001. Baumgärtner geht ausführlich auf die hier zitierte Rede von 1954 und ihre Kontexte ein (S. 299–333).

³⁹ Vgl. HOLLER (wie Anm. 36); G.R. UEBERSCHÄR (Hrsg.), *Der 20. Juli. Das „andere Deutschland“ in der Vergangenheitspolitik*, Berlin 1998; N. FREI, *Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 46 (1995), S. 664–676; C. DIPPER, *Verräter oder Helden? Das Bild des deutschen Widerstandes in der bundesrepublikanischen Gesellschaft*, in: H. AFFLERBACH/C. CORNELISSEN (Hrsg.), *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945*, Tübingen/Basel 1997, S. 297–313; WÖLL (wie Anm. 7); J. DANYEL, *Der 20. Juli*, in: E. FRANÇOIS/ H. SCHULZE (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte II*, München 2001, S. 220–237.

Volkes. Ihr Geist und ihre Haltung sind uns Vorbild.“⁴⁰ Hier sind die wesentlichen Deutungsmuster versammelt, die die Rezeption des 20. Juli in der frühen Bundesrepublik bestimmten: Idealistische Helden seien dem ‚Tyranen‘ Hitler entgegengetreten und hätten ihr Leben für die Nation geopfert. Dies widerlege den (angeblichen) Kollektivschuldvorwurf.⁴¹ Der Nicht-Widerstand der meisten übrigen Deutschen wurde damit gerechtfertigt, daß man ein ‚Märtyrertum‘ eben nicht von jedem fordern könne. Wie es zu der moralischen Extremsituation des Jahres 1944 gekommen war, blieb offen.

Seit Mitte der sechziger Jahre wandelte sich das westdeutsche Widerstandsbild zumindest teilweise. In den Gedenkreden wurde der kommunistische Widerstand häufiger erwähnt, und das Symboldatum 20. Juli 1944 wurde als Verweis auf das gesamte oppositionelle Spektrum seit 1933 wahrgenommen. Die Zustimmung zur NS-Herrschaft kam andererseits kaum in den Blick, und die gleichsam kanonische Formel vom ‚Aufstand des Gewissens‘ überdeckte das historische Geschehen weiterhin mit existentialistischem Pathos.⁴² Zum dreißigsten Jahrestag des Attentats hielt ausgerechnet der frühere NS-Marinerichter und damalige Bundesratspräsident Hans Filbinger die Hauptrede – ein Vorgang, der nun zu öffentlichen Protesten führte.⁴³ In den achtziger Jahren wurde der Gedenktag mehr oder weniger zur Routine. Das „Raster von feststehenden Mythen, Begriffen und Interpretationen“ erwies sich gegenüber der wissenschaftlichen Forschung als hartnäckig veränderungsresistent.⁴⁴

Ein noch umfassenderer Integrationseffekt als dem 17. Juni und dem 20. Juli kam in der frühen Bundesrepublik dem Volkstrauertag zu, der in die Zeit der Weimarer Republik zurückreichte. Indem der ‚Opfer von Krieg und Gewalt‘ gedacht wurde, ließ sich der Zweite Weltkrieg als gesteigerte Fortsetzung des Ersten einordnen. Die NS-Verbrechen im engeren Sinne und die historischen Verantwortlichkeiten mußten nicht unbedingt zur Sprache gebracht werden; meist wurden sehr allgemeine Friedensmahnungen formuliert.⁴⁵ Die Opfererzählung dominierte, mischte sich indes wiederum mit Elementen der heroischen Narration. So bezeichnete VDK-Präsident Gustav Ahlhorn die getöteten deutschen Soldaten 1950 als „Opfer ihres Kampfes um

⁴⁰ Abgedruckt in: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST (Hrsg.), *20. Juli 1944*, Bonn 1961⁵, S. 18.

⁴¹ Vgl. dazu N. FREI, *Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit*, in: *Rechtshistorisches Journal* 16 (1997), S. 621-634; A. ASSMANN, *Ein deutsches Trauma? Die Kollektivschuldthese zwischen Erinnern und Vergessen*, in: *Merkur* 53 (1999), S. 1142-1154.

⁴² Als eingehende Kritik des Gewissensbegriffs in der Widerstandsrezeption vgl. H.D. KITTSTEINER, *Das deutsche Gewissen im 20. Jahrhundert*, in: R. FABER (Hrsg.), *Politische Religion – religiöse Politik*, Würzburg 1997, S. 227-242.

⁴³ Vgl. HOLLER (wie Anm. 36), S. 221 f.

⁴⁴ Ebd., S. 270.

⁴⁵ Als Quellensammlung vgl. VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE (Hrsg.), *Wir gedenken ... Reden zum Volkstrauertag 1951–1995*, Ulm 1995. Eine wissenschaftliche Monographie zur Geschichte des Volkstrauertags und des VDK fehlt bislang.

Kultur und Freiheit unseres Volkes“.⁴⁶ Damit suggerierte er, daß die Wehrmacht in bester Absicht die Heimat verteidigt habe, und rechtfertigte den Ostfeldzug als Abwehr bolschewistischer Unkultur. 1967 lobte VDK-Präsident Walter Trepte „das ehrliche Ringen der vielen Gutwilligen und Sauberen sowohl in der kämpfenden Truppe wie außerhalb von ihr“.⁴⁷ Bald darauf wuchs aber die Kritik an Inhalt und Gestaltung des Volkstrauertags.⁴⁸ Zwar war das Gedenken anders als nach 1918 nicht revanchistisch, doch stand die diffuse Trauer in einem Gegensatz zum inzwischen verfügbaren Wissen über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begann der Trend zu einer ‚Erinnerungsgesellschaft‘:⁴⁹ Jüngere Deutsche wollten das Gedenken nicht mehr Politikern und etablierten Verbänden überlassen; sie machten sich selbst auf Spurensuche. Dieses neuartige Paradigma fand in den achtziger Jahren immer breiteren Rückhalt. Es verschaffte auch bestimmten Daten größere Beachtung, die für den offiziellen Gedenkkalender eher randständig waren – vor allem dem 9. November 1938 und dem 8. Mai 1945.

Der 9. November war seit der unmittelbaren Nachkriegszeit von jüdischen Überlebenden und den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gewürdigt worden, trat jedoch zum vierzigsten Jahrestag erstmals ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. 1978 – d.h. noch vor der deutschen Ausstrahlung des amerikanischen Films *Holocaust* – zeigte sich ein lokalgeschichtlich konkretisiertes Interesse an der nationalsozialistischen Judenverfolgung und an jüdischer Kultur im allgemeinen.⁵⁰ Dies führte allerdings zu neuen Schiefen der Geschichtsbewußtseins. Hatte sich die westdeutsche Bevölkerung der fünfziger und sechziger Jahre vorzugsweise selbst als ‚Opfer‘ dargestellt, so deutete die Beliebtheit des 9. November nun auf

⁴⁶ Zit. nach M. LURZ, *Kriegerdenkmäler in Deutschland*, Bd. 6: *Bundesrepublik*, Heidelberg 1987, S. 512.

⁴⁷ Zit. nach VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE (wie Anm. 45), S. 57.

⁴⁸ Vgl. LURZ (wie Anm. 46), S. 524-527.

⁴⁹ V. ACKERMANN, *Zweierlei Gedenken. Der 8. Mai 1945 in der Erinnerung der Bundesrepublik und der DDR*, in: AFFLERBACH/CORNELISSEN (wie Anm. 39) S. 330. Die Erinnerungspraxis der siebziger Jahre ist bisher kaum erforscht, so daß die Periodisierung hier nur ein Vorschlag mit heuristischem Charakter sein kann. Vgl. auch R. KOSHAR, *From Monuments to Traces. Artifacts of German Memory, 1870-1990*, Berkeley/Los Angeles/London 2000: Er betrachtet bereits das Jahr 1970 als Zäsur des öffentlichen Erinnerens. In der wissenschaftlichen Historiographie waren die siebziger Jahre hingegen eine ‚Phase der zweiten Verdrängung‘, da abstrakte Faschismuskussionen die empirische Arbeit nicht gerade förderten (vgl. U. HERBERT, *Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“*, in: DERS. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt a.M. 1998, S. 19).

⁵⁰ Vgl. H. SCHMID, *Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberprogramm von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik*, Hamburg 2001, S. 325-393. Zur Frage der Terminologie („Reichskristallnacht“ oder „Reichsprogrammnacht“?) vgl. ebd., S. 81-84.

eine unreflektierte Identifikation mit den jüdischen ‚Opfern‘ hin. Das Täterhandeln blieb dagegen weiterhin ausgespart.⁵¹

Daraus ergab sich 1988 die Brisanz von Philipp Jenningers umstrittener Rede.⁵² Sieht man von rhetorischen Schwächen einmal ab, so zeichnete sich der Vortrag des Bundestagspräsidenten dadurch aus, daß er den Blick ohne Euphemismen auf die Täterseite richtete und den Zuhörern die Identifikation erschwerte. Weil die politische Öffentlichkeit den ungewohnten Modus des Gedenkens nicht akzeptierte, mußte Jenninger rasch zurücktreten – was als ‚gelungener‘ Umgang mit der NS-Vergangenheit inszeniert wurde. Den Mut, von Tätern und Mitläufern der NS-Zeit in der ersten Person zu sprechen, brachte die westdeutsche Gesellschaft auch 1988 noch nicht auf.⁵³

Ein anderes Datum, das erst nach mehreren Jahrzehnten stärker berücksichtigt wurde, war der 8. Mai.⁵⁴ Zur sozialen Integration eignete sich dieser Gedenkanlaß kaum: Auf der Ebene individueller Erfahrungen war das Kriegsende ambivalent bis traumatisch gewesen, auf der Ebene der politischen Symbolik schien es primär den nationalen Zusammenbruch zu markieren. Wenn man dem Datum aus kalendarischen Zwängen nicht ausweichen konnte, so wurde die Form der Opfererzählung bevorzugt. „Wir hatten ungezählte dunkle Stunden zu ertragen, ehe die verbrecherische Gewaltherrschaft ‚der Nationalsozialisten‘ von uns genommen wurde“, hieß es in einer Erklärung von Bundespräsident Gustav Heinemann zum 8. Mai 1970.⁵⁵

Noch 1985 war das Erinnern an den 8. Mai spannungsgeladen; die Vokabeln ‚Katastrophe‘ versus ‚Befreiung‘ wurden als plakative Schlagworte ein-

⁵¹ Vgl. die Kritik von M.Y. BODEMANN, *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung. Mit einem Beitrag von Jael Geis*, Hamburg 1996, S. 80-128 (auch zum Gedenkjahr 1988 und zum 9. November in der DDR); M. ZIMMERMANN, *Gedenken mit Verdrängungskomponente. Die Erinnerung an die „Reichskristallnacht“*, in: *Geschichtswerkstatt* 14 (1988), S. 39-43.

⁵² Der Text der Ansprache und etliche, allerdings nicht repräsentative Stellungnahmen finden sich bei A. LASCHET/H. MALANGRÉ (Hrsg.), *Philipp Jenninger. Rede und Reaktion*, Koblenz 1989.

⁵³ Vgl. z.B. die schulmeisterlichen Artikel von R. AUGSTEIN, *Ein Onkel Bräsig namens Jenninger*, in: *Der Spiegel*, 14.11.1988, S. 23; W. JENS, *Ungehaltene Worte über eine gehaltene Rede. Wie Philipp Jenninger hätte reden müssen*, in: *Die Zeit*, 18.11.1988, S. 3. Eine sachgerechte Beurteilung der Rede erfordert es, sowohl die vorbelastete Kommunikationssituation des Jahres 1988 zu berücksichtigen als auch die spezifische Gedenkgeschichte des 9. November. Vgl. die eingehende Analyse von SCHMID (wie Anm. 50), S. 429-448.

⁵⁴ Edgar Wolfrum vertritt die plausible These, daß die größere Aufmerksamkeit für den 8. Mai und die abnehmende Relevanz des 17. Juni als Folgen der Neuen Ostpolitik direkt miteinander zusammenhängen. Vgl. E. WOLFRUM, *Die Unfähigkeit zu feiern? Der 8. Mai und der 17. Juni in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur*, in: S. BEHRENBECK/A. NÜTZENADEL (Hrsg.), *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, Köln 2000, S. 221-241. Ausführlicher zum 8. Mai: KIRSCH (wie Anm. 23).

⁵⁵ G. HEINEMANN, *Im Bewußtsein der besonderen Verantwortung der Deutschen* (06.05.1970), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 09.05.1970, S. 589 (meine Hervorhebungen).

gesetzt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker gelang es immerhin, die unterschiedlichen zeitgenössischen Erfahrungen mit einer übergreifenden historischen Deutung zu synthetisieren. Er formulierte einen verhältnismäßig präzisen Opfernekrolog, in den neuere Akzente der Geschichtswissenschaft eingingen. Die Täter und Mitläufer kamen freilich nur am Rande vor. Weizsäckers Zitat, daß „Erinnerung das Geheimnis der Erlösung“ sei, stellte eine Übernahme religiöser Gedenktraditionen des Judentums dar, deren Angemessenheit für die Täterseite er nicht weiter problematisierte. Auch in den sonstigen öffentlichen Stellungnahmen zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes spielten beispielsweise die Verbrechen der Wehrmacht keine wesentliche Rolle.

Insgesamt ist anzuerkennen, daß sich das westdeutsche NS-Gedenken wandelte und differenzierte. Die massiv antikommunistischen Deutungsmuster der frühen Nachkriegszeit, die Opferimaginationen und Heroisierungen waren für den Systemerhalt der Bundesrepublik ab Ende der fünfziger Jahre nicht mehr zwingend notwendig.⁵⁶ Für die soziale Integration der Westdeutschen waren sie jedoch weiterhin funktional und verloren deshalb erst allmählich ihre Prägekraft. Da bestimmte Abwehrmuster und Thematisierungsschranken bis in die achtziger Jahre fort dauerten, läßt sich nicht von einer klaren Erfolgsgeschichte sprechen. Wie ein Vergleich mit der Gedenkpraxis der DDR verdeutlicht, ist die Möglichkeit des systemimmanenten Kulturwandels aber auch nicht geringzuschätzen.

Im ostdeutschen Staat besaßen Gedenktage einen grundsätzlich anderen Stellenwert als im Westen. Die DDR war eine „Kalenderkultur“, die ihr offizielles Selbstverständnis aus dem Ineinandergreifen von Vergangenheit, Gegenwart und erhoffter Zukunft gewann; die Bonner Republik war eine „Terminalkultur“ mit weniger intensivem Vergangenheitsbezug.⁵⁷ Die DDR importierte die Formensprache sowjetischer Massenaufmärsche und entwickelte daraus eine eigene „Hypertrophie symbolischer Politik“.⁵⁸ Zu den Gedenktagen im engeren Sinne kamen diverse Ehrentage für Berufsgruppen und Initiationsanlässe für Jugendliche hinzu, die eine dichte Rhythmisierung des Jahresablaufs bewirkten. Staat und Partei erhoben den Anspruch, ihre soziale Zeitordnung allen Bürgern verbindlich vorzugeben.⁵⁹

⁵⁶ Diese Zäsur betont auch A. SCHILDT, *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit*, in: W. LOTH/B.A. RUSINEK (Hrsg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a.M./New York 1998, S. 45-54.

⁵⁷ Dieses zeitsoziologische Begriffspaar übernehme ich von E. TARKOWSKA, *Der Umgang mit der Zeit im polnischen Alltag*, in: E. KOBYLINSKA/A. LAWATY (Hrsg.), *Erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, Wiesbaden 1998, S. 172.

⁵⁸ W. ROSSADE, *Gesellschaft und Kultur in der Endzeit des Realsozialismus*, Berlin 1997, S. 342 (Zitat); J. DANYEL, *Politische Rituale als Sowjetimporte*, in: K. JARAUSCH/H. SEGRIST (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt a.M./New York 1997, S. 67-86.

⁵⁹ Vgl. R. RYTLEWSKI/B. SAUER, *Die Ritualisierung des Jahres. Zur Phänomenologie der Feste und Feiern in der DDR*, in: W. LUTHARDT/A. WASCHKUHN (Hrsg.), *Politik und*

Ein weiterer Unterschied zur Bundesrepublik bestand darin, daß das kulturelle Gedächtnis dem kommunikativen Gedächtnis klar übergeordnet wurde; das lebensweltliche Erinnern hatte den Deutungsschemata der Symbole und Rituale zu folgen. Dies förderte anfangs die soziale Integration, weil sich die DDR-Bürger zu den ‚Siegern der Geschichte‘ rechnen durften. Auf längere Sicht war es hingegen ein Mangel, daß abweichende historische Erfahrungen nicht offen artikuliert werden konnten.⁶⁰

Drei Eckdaten des umfangreichen ostdeutschen Gedenkkalenders sind hervorzuheben: der 15. Januar, der 8. Mai und der 7. Oktober.⁶¹ Am ersten Sonntag nach dem 15. Januar wurde die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ins Gedächtnis gerufen. Dieses Anniversarium sollte die DDR in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und in dem behaupteten Entwicklungsgang von der bürgerlich-kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft verankern.⁶² Das Datum lieferte also den geschichtstheoretischen Rahmen, der auch zur Erklärung des Nationalsozialismus diente.

Der 8. Mai wurde in der DDR jährlich als ‚Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus‘ begangen. Der Roten Armee sei dafür zu danken, daß sie den Weg in die sozialistische Zukunft eröffnet habe. Ein Zentrum der Feiern war stets das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow, das schon am 8. Mai 1949 eingeweiht worden war.⁶³

Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen, Marburg 1988, S. 265-285; R. GRIES, *Die runden „Geburtstage“, künstlicher Pulsschlag der Republik. Zeitkultur und Zeitpropaganda in der DDR*, in: M. GIBAS u.a. (Hrsg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*, Leipzig 1999, S. 285-304.

⁶⁰ Vgl. E. TERRAY, *Die unmögliche Erinnerung. Die Herstellung eines künstlichen nationalen Gedächtnisses in der DDR und ihr Mißlingen*, in: E. FRANÇOIS/H. SIEGRIST/J. VOGEL (Hrsg.), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 189-195; H. MÜNKLER, *Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (1998) 45, S. 16-29; R. ZIMMERING, *Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*, Opladen 2000.

⁶¹ Zum Folgenden vgl. M. GIBAS, *„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt!“ Politische Feier- und Gedenktage der DDR*, in: BEHRENBECK/NÜTZENADEL (wie Anm. 54), S. 191-220.

⁶² Vgl. M. SABROW, *Kollektive Erinnerung und kollektiviertes Gedächtnis. Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in der Gedenkkultur der DDR*, in: A. ESCUDIER/B. SAUZAY/R. VON THADDEN (Hrsg.), *Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns*, Göttingen 2001, S. 117-138. Sabrow hebt hervor, daß neben der staatlichen „Überformung durch Ritual und Retusche“ (S. 123) eine autonome Identifikationsbereitschaft von DDR-Bürgern mit Luxemburg und Liebknecht bestand.

⁶³ Zur Architektur und Landschaftsgestaltung der Anlage vgl. P. FIBICH, *Der Triumph des Sieges über den Tod. Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow*, in: *Gartenkunst* 8 (1996), S. 137-152; aus DDR-Sicht vgl. H. KÖPSTEIN u.a., *Das Treptower Ehrenmal. Geschichte und Gegenwart des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Helden in Berlin*, Berlin 1980.

Zum deutschen Repräsentanten der Heldengeschichte, ja zum christus-ähnlichen Erlöser wurde der in Buchenwald ermordete Ernst Thälmann stilisiert.⁶⁴ Eine Gemeinsamkeit mit dem Geschichtsbild der frühen Bundesrepublik lag in der Annahme, daß der Täterkreis der NS-Zeit sehr klein gewesen und die Bevölkerung lediglich ‚mißbraucht‘ oder ‚verstrickt‘ worden sei. Trotz dieses Entlastungsangebots war das sowjetische Heldenepos des Kriegsendes für die ostdeutsche Bevölkerung erfahrungsfern; einen stärkeren Aussagegehalt erhielt der ‚Befreiungsmythos‘ erst in Verbindung mit dem ‚Aufbaumythos‘ der Nachkriegszeit.⁶⁵

Der Staatsfeiertag am 7. Oktober, der an die DDR-Gründung von 1949 erinnerte, verwies eher implizit auf den Nationalsozialismus (ähnlich wie der 17. Juni in der Bundesrepublik). Die Metaphorik des ‚Republikgeburtstags‘ überhöhte den unschuldigen Anfang der DDR: Auf Propagandaplakaten von 1959 waren Kinder zu sehen, die in und mit der DDR ihren zehnten Geburtstag feierten. Am 7. Oktober betonte die DDR-Führung jedes Jahr das Geleistete und forderte von ihren Bürgern weitere Anstrengungen beim sozialistischen Aufbau. So sollte sich aus dem Turnus des Gedenkens eine säkularisierte Heilsgeschichte ergeben, die von der Verheißung (15. Januar) über den opferreichen Kampf (8. Mai) zur Erfüllung in der Gegenwart und Zukunft führte (7. Oktober).

Der 20. Juli und der 9. November waren in der DDR zwar nachrangig, aber keineswegs bedeutungslos. Ab Mitte der sechziger Jahre intensivierte die Staatsführung das Gedenken an Stauffenberg. Nun sollten Teile des preußischen ‚Erbes‘ für die eigene ‚Tradition‘ nutzbar gemacht werden, um die historische Genealogie der DDR zu verlängern. Andere konservative Widerständler wie Beck und Goerdeler wurden weiterhin als Imperialisten kritisiert und der westdeutschen Traditionslinie zugewiesen.⁶⁶

Der 9. November 1938 wurde in den Anfangsjahren der DDR kaum beachtet. Zum einen galt der Antisemitismus im Rahmen der Faschismustheorie als ‚Nebenwiderspruch‘, zum anderen besaßen die Revolutionsereignisse vom 9. November 1918 den Vorrang. Für die jüdischen Gemeinden hatte dies den Vorteil, daß sie eigenständig an die ‚Reichskristallnacht‘ erinnern konnten. Erst 1978 – in eher zufälliger Parallelität mit der Bundesrepublik – fanden ausführlichere, vom Staat organisierte Gedenkfeiern statt. Dabei sollte

⁶⁴ Vgl. P. MONTEATH (Hrsg.), *Ernst Thälmann. Mensch und Mythos*, Amsterdam/Atlanta 2000; A.L. NOTHNAGLE, *Building the East German Myth. Historical Mythology and Youth Propaganda in the German Democratic Republic, 1945–1989*, Ann Arbor 1999, S. 115–127.

⁶⁵ Vgl. C. CLASSEN, *Vom Anfang im Ende: ‚Befreiung‘ im Rundfunk*, in: M. SABROW (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000, v.a. S. 108 und S. 118.

⁶⁶ EMRICH/NÖTZOLD (wie Anm. 36), S. 9 f.; I. REICH/K. FINKER, *Reaktionäre oder Patrioten? Zur Historiographie und Widerstandsforschung in der DDR bis 1990*, in: UEBERSCHÄR (wie Anm. 39), S. 158–178; vergleichend: I. REICH, *Geteilter Widerstand. Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), S. 635–643.

demonstriert werden, daß die DDR den Juden eine Heimat biete. Der fünfzigste Jahrestag 1988 wurde von der DDR-Führung noch umfassender vorbereitet, weil sie das Verhältnis zu den USA verbessern und Wirtschaftskontakte etablieren wollte. Erstmals bekannte sich die DDR auch als Nachfolgestaat des Deutschen Reichs – ein Zusammenhang, der zuvor stets negiert worden war.⁶⁷

Trotz solcher Indizien für eine Erweiterung des Geschichtsbilds blieb das Gedenken in der DDR bis zum Fall der Mauer ein ‚Herrschaftsdiskurs‘, der immer mit der Machtfrage verbunden war.⁶⁸ Daraus resultierte eine kulturelle Inflexibilität, die den Bestand des politischen Systems spätestens in den achtziger Jahren in Frage stellte. Nun formulierten Schriftsteller, Friedensgruppen und Bürger aus dem Umfeld der Kirchen den Anspruch auf einen eigenständigen, nichtstaatlichen Antifaschismus. Indem sie sich zu Gedenktagen selbst äußerten, kritisierten sie den Konnex von Erinnerung und Systemsicherung.⁶⁹ Die SED war uneins, wie darauf zu reagieren sei; harte Repression hätte das Konfliktpotential kaum mehr entschärfen können. So wurden zum 7. Oktober 1984, dem fünfunddreißigsten Jahrestag der DDR, 21.000 Ausreiseanträge bewilligt.⁷⁰ Noch deutlicher zeigte sich der Kontrollverlust im Januar 1988, als Oppositionelle bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration für die ‚Freiheit des Andersdenkenden‘ eintraten und eine breite Solidaritätswelle auslösten.⁷¹

Aus dem Geschilderten sollte allerdings nicht geschlossen werden, daß die Staatssymbolik der Jahrestage für DDR-Bürger ein bloßes Oberflächenphänomen gewesen sei. Wie sich nach der deutschen Einheit gezeigt hat, weisen die Geschichtsbilder in Ost und West einige markante Unterschiede auf. Ein Beispiel: Im April 1995 gaben 87 Prozent der Ostdeutschen an, daß die Sowjetunion für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs den entscheidenden Bei-

⁶⁷ Vgl. J. KÄPPNER, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspraganda der DDR*, Hamburg 1999, S. 218 f. und S. 232-237; K. HARTEWIG, *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 526-561; A. TIMM, *Der politische und propagandistische Umgang mit der ‚Reichskristallnacht‘ in der DDR*, in: J. DANYEL (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 213-223; T. AMMER, *DDR und Judentum. 50 Jahre nach den Novemberpogromen*, in: *Deutschland-Archiv* 22 (1989), S. 17-23.

⁶⁸ Vgl. SABROW (wie Anm. 65).

⁶⁹ Dies habe ich für das Gedenkjahr 1985 zu belegen versucht; vgl. KIRSCH (wie Anm. 23), S. 122-140. Vgl. auch I. ESCHBACH, *Jahrestage. Zu den Formen und Funktionen von Gedenkveranstaltungen in Ravensbrück 1946-1995*, in: DIES./S. JACOBET/S. LANWERD (Hrsg.), *Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995*, Berlin 1999, S. 91-94.

⁷⁰ B. JAKOBY, *‚Besondere Vorkommnisse?‘ Die runden ‚Geburtstage der Republik‘ aus der Sicht der Staatssicherheit*, in: GIBAS u.a. (wie Anm. 59), S. 213.

⁷¹ Vgl. etwa E. NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Bonn 1997, S. 696-699.

trag geleistet habe; von den Westdeutschen meinten dies nur 24 Prozent.⁷² Solche Gegensätze, die unter anderem auf die Sozialisationswirkung öffentlicher Gedenkfeiern zurückzuführen sind, werden noch längere Zeit fortwirken.

Die symbolische Neuordnung seit der deutschen Einheit: Gedenkdaten der Berliner Republik

Mitunter ist behauptet worden, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten lediglich eine Erweiterung der alten Bundesrepublik darstelle, deren Verfassungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beibehalten werde.⁷³ Zumindest auf der Ebene des nationalen Selbstverständnisses finden jedoch vielfältige Veränderungen statt, die keineswegs nur die Ostdeutschen betreffen.⁷⁴ In diesen Zusammenhang gehört auch der Wandel des Symbolhaushalts. Dabei geht es nicht allein um Zwecke der Staatsrepräsentation, sondern zugleich um das Ensemble gesellschaftlicher Vorstellungen und Einstellungen („politische Kultur“). Speziell für Gedenktage lassen sich drei Formen des Wandels unterscheiden:

- die Umcodierung von Bezugsereignissen des bisherigen Gedenkkalenders,
- die Einführung neuer Bezugsereignisse,
- ein veränderter Stellenwert von Gedenktagen als Gedächtnismedien.

Mit dem letztgenannten Aspekt ist gemeint, daß wichtige Erinnerungsbatten der neunziger Jahre datumsunabhängig waren – etwa der Mahnmalstreit, die Wehrmachtausstellung, die Goldhagen- und die Walser-Kontroverse sowie die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung. Zwar sorgten der 20. Juli 1994 und der 8. Mai 1995 noch für Polarisierungen, doch wurden andere Anlässe eher in diplomatischer Routine absolviert (z.B. der 1. September 1999). Da das Erinnern an den Nationalsozialismus inzwischen institutionell gefestigt ist, kann der Stellenwert von Gedenktagen im Vergleich mit den achtziger Jahren wieder abnehmen. Das ostdeutsche Modell eines stark ritualisierten Jahreslaufs ist ohnehin mit dem Staat untergegangen, den es stützen sollte.

⁷² E. NOELLE-NEUMANN/R. KÖCHER (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie*, Bd. 10: 1993–1997, München 1997, S. 522. Siehe auch J. KOCKA, *Geteilte Erinnerungen. Zweierlei Geschichtsbewußtsein im vereinten Deutschland*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 43 (1998), S. 104–111.

⁷³ Vgl. etwa E. JESSE, *Von der ‚Bonner Republik‘ zur ‚Berliner Republik‘? Mehr Kontinuität als Wandel*, in: K. ECKART/E. JESSE (Hrsg.), *Das wiedervereinigte Deutschland – eine erweiterte oder eine neue Bundesrepublik?*, Berlin 1999, S. 21–33.

⁷⁴ Damit folge ich z.B. C. MEIER, *Am Ende der alten Bundesrepublik*, in: *Merkur* 48 (1994), S. 561–572; K.H. JARAUSCH (Hrsg.), *After Unity. Reconfiguring German Identities*, Providence/Oxford 1997; C. LEGGEWIE, *Generationsschichten und Erinnerungskulturen – Zur Historisierung der ‚alten‘ Bundesrepublik*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 28 (1999), S. 211–235; K. NAUMANN, *Das nervöse Jahrzehnt. Krieg, Medien und Erinnerung am Beginn der Berliner Republik*, in: *Mittelweg* 36 10 (2001) 3, S. 25–44.

Freilich ist kein völliger Bedeutungsverlust von Jahrestagen festzustellen, denn der Gedenkkalender der Berliner Republik weist zwei neue Anniversarien auf: den ‚Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus‘ (27. Januar) und den ‚Tag der Deutschen Einheit‘ (3. Oktober). Der erstere erinnert an die Befreiung von Auschwitz im Jahr 1945, der letztere an den offiziellen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990. Die Daten sind nach ihrer Einführung vielfach kritisiert worden – der 3. Oktober als „nichtssagend, inhaltsleer, nicht überhöhungsfähig“,⁷⁵ der 27. Januar gar als prinzipielles Hindernis einer adäquaten Erinnerung.⁷⁶ Inwieweit ist die Kritik berechtigt?

Den 27. Januar proklamierte Bundespräsident Roman Herzog 1996 als neuen Gedenktag, nachdem sich insbesondere Ignatz Bubis für das Datum eingesetzt hatte. Dieser Schritt war eine direkte Folge des Gedenkjahrs 1995: Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz hatte in den Rückblicken eine besondere Aufmerksamkeit gefunden, und das Erinnern sollte nun verstetigt werden. Die Einführung des Jahrestags zeigte einen gewissen Aktionismus; über die Wahl des Datums wurde erst anschließend genauer diskutiert.⁷⁷ Der Politikwissenschaftler Peter Reichel fürchtete eine „bequeme und behagliche Pose der Opfergemeinschaft“: „Auf diesen Tag können wir uns, die Nachkommen der Täter, nicht berufen. Er gehört den Befreiern, vor allem aber den Überlebenden Juden.“⁷⁸ Aus jüdischer Perspektive hat Salomon Korn eine Gegenposition vertreten: „Dieser Tag der Befreiung von Auschwitz gehört sicherlich zuerst den Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungslager und deren Nachkommen. Das heißt aber nicht, daß dieser Tag den ‚Täternachkommen‘ verwehrt wäre, ebensowenig wie der Volkstrauertag den Nachfahren der Opfer verschlossen ist.“⁷⁹

Der Aussagegehalt des Gedenktags läßt sich nicht allein aus dem Datum ableiten, das wie alle Symbole mehrdeutig ist. Zwar mag der 27. Januar eine Blickverengung auf die Opfer und auf das ferne Auschwitz bewirken, doch kann er durchaus eine Gelegenheit bieten, um den Gesamtkontext der NS-Herrschaft und des Holocaust zu thematisieren. Ob ein Jahrestag ein reflektiertes Geschichtsbewußtsein oder eine reduzierte Nationalmythologie her-

⁷⁵ So etwa A. BARING, *Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49 (1999) 32-33, S. 14. Als entschiedene Gegenposition vgl. R. SCHRÖDER, *Der 3. Oktober*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.10.2000, S. 56.

⁷⁶ Vgl. etwa Y.M. BODEMANN, *Schafft diesen Gedenktag wieder ab!*, in: *tageszeitung*, 26.01.1999, S. 12; H.M. BRODER, *Jedem das Seine*, Augsburg 1999, S. 121.

⁷⁷ Vgl. die Kritik von KÖLSCH (wie Anm. 30), S. 236-241; R. SEUTHE, *„Geistig-moralische Wende“? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten*, Frankfurt a.M. u.a. 2001, S. 139-146.

⁷⁸ REICHEL (wie Anm. 5), S. 281, S. 282. Vgl. auch DERS., *Wenn Auschwitz aufhört, weh zu tun*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.01.2000, S. 14.

⁷⁹ S. KORN, *Brüchige Selbstdefinition* (1998), in: DERS., *Geteilte Erinnerung. Beiträge zur ‚deutsch-jüdischen‘ Gegenwart. Mit einem Geleitwort von Marcel Reich-Ranicki*, Berlin 2001², S. 118.

vorbringt, hängt weniger von dem gewählten Initialereignis als von der Gestaltung ab. Noch ist der 27. Januar formal und inhaltlich kaum festgelegt.⁸⁰

Insofern ist auch der 3. Oktober zurückhaltend zu bewerten. Daß das Feiern der deutschen Einheit in keinem direkten Zusammenhang mit dem Holocaust-Gedenken steht, muß nicht unbedingt ein Nachteil sein. Für die Erinnerungspraxis ist jedoch zu fordern, daß historische Kontinuitäten und Diskontinuitäten möglichst differenziert zur Sprache kommen, und dafür bietet der 3. Oktober wenig konkretes Ausgangsmaterial. So wurde die Vergangenheit in den bisherigen Gedenkreden zu diesem Anlaß meist als simple Kontrastfolie der Berliner Republik eingesetzt: „Wir Deutsche haben die Chance bekommen, gemeinsam neu zu beginnen, weil wir aus unserer Geschichte gelernt haben.“⁸¹

Der 9. November wird häufig als Alternative genannt, zumal er die Zwecke des 27. Januar und des 3. Oktober in sich vereinigen könnte. Durch die Maueröffnung von 1989 hat das zuvor schon facettenreiche Datum eine weitere Bedeutungsschicht erhalten.⁸² Peter Reichel betrachtet es daher als verpaßte Chance, daß der 9. November kein offizieller Gedenktag geworden ist: „Dieser Tag erlaubt, das Jahrhundert der Deutschen wie durch ein Brennglas zu sehen. Unser öffentliches Totengedenken würde auf einen komplexen Zusammenhang verweisen, auf den von Revolution und Gegenrevolution, von Kontinuität und Bruch, von Anpassung und Widerstand, von Zusammenbruch und Niederlage, Teilung und Vereinigung, Wandel und Erneuerung.“⁸³ Tatsächlich läßt sich kaum an den 9. November 1989 erinnern, ohne zumindest auch den 9. November 1938 einzubeziehen. Die Sorge, daß der letztere im „Erinnerungswettstreit“ mit dem ersteren unterliegen werde,⁸⁴ hat sich

⁸⁰ Zu bestimmten liturgischen Formen, die in Verbindung mit dem ‚Denkmal für die ermordeten Juden Europas‘ einen (fragwürdigen) ‚Gründungsmythos der neuen Bundesrepublik‘ erkennen lassen, vgl. K. SCHULLER, *Ein demutsvoller Staatsfeiertag?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.01.2001, S. 3.

⁸¹ J. RAU, *Ansprache des Präsidenten des Bundesrates*, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 05.10.1995, S. 753 (Rede beim Festakt am 03.10.1995 in Düsseldorf). Ganz ähnlich H. KOHL, *Fernsehansprache des Bundeskanzlers* (02.10.1990), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 05.10.1990, S. 1225 f.

⁸² Vgl. etwa J. WILLMS (Hrsg.), *Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte*, München 1994; P. STEINBACH, *Der 9. November in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und in der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49 (1999) 43-44, S. 3-11.

⁸³ REICHEL (wie Anm. 5), S. 283. Vgl. auch DERS., *Tausche 8. Mai gegen 9. November*, in: *tageszeitung*, 08.05.1995, S. 2; DERS., *Fünf Tage im November*, in: *tageszeitung*, 02.01.1996, S. 17; *9. November als Feiertag*, in: *Der Spiegel*, 21.08.2000, S. 41 f. (Interview mit J. FISCHER); L. HÖLSCHER, *Das deutsche Datum*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09.11.2000, S. 17. Das Gegenargument lautet in der Regel, daß Trauer- und Feiertage getrennt werden müßten. Vgl. z.B. H.A. WINKLER, *Jubeln oder trauern – beides geht nicht*, in: *Die Zeit*, 09.11.2000, S. 20.

⁸⁴ So etwa B. PREISENDÖRFER, *Der Tiger der Normalität*, in: *Der Tagesspiegel*, 07.11.1998, S. 25.

bisher nicht bewahrheitet. Die Ereignisse von 1989 haben die Aufmerksamkeit für die ‚Reichskristallnacht‘ indirekt sogar erhöht.⁸⁵ Selbst 1999, als der zehnte Jahrestag des Mauerfalls gefeiert wurde, gab es zahlreiche Veranstaltungen zum einundsechzigsten Jahrestag der Synagogenbrände.⁸⁶ Eine Gefahr ist eher darin zu sehen, daß die „kalenderpolitische Konstruktion“ des 9. November⁸⁷ eine nationale Perspektivenverengung fördert. Die Rede vom „Jahrhundert der Deutschen“ (Reichel) stützt die in der Mahnmalsdebatte artikulierte Sicht, die Deutschen seien „wie kein anderes Volk der Welt [...] mit der Einzigartigkeit ihrer jüngeren Geschichte allein“⁸⁸.

Daß dem nicht so ist, sollte spätestens seit dem Gedenkjahr 1995 bekannt sein, das im In- und Ausland mit großer Beteiligung begangen wurde.⁸⁹ Den Höhepunkt des damaligen Erinnerns, den 8. Mai, hält Reichel jedoch für ein ungeeignetes Orientierungsdatum: „Als Tag des Kriegsendes symbolisiert er das Ende der Zerstörungen und des Massensterbens ganz allgemein. Die Erleichterung darüber macht deshalb fast zwangsläufig alle Toten zu Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft.“⁹⁰ Dies ist zu bezweifeln, denn der Verweischarakter des 8. Mai ist wiederum mehrdeutig. Das Datum könnte sich gerade anbieten, um eine Rückschau auf die NS-Zeit mit einem Ausblick auf die Nachkriegszeit im geteilten Deutschland zu kombinieren. Während der 8. Mai vor 1989/90 stets in den politischen Systemkonflikt eingebunden war, erlaubt der Gedenktag inzwischen historisch präzisere Einschätzungen von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Holocaust. So wurde am 8. Mai 2000 eine Bundeswehrkaserne nach Anton Schmid benannt, der als Feldwebel der Wehrmacht litauische Juden gerettet hatte. Dabei wurde zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß sein Handeln innerhalb der Wehrmacht eine Ausnahme gewesen und nach 1945 lange unbeachtet geblieben war.⁹¹

⁸⁵ Auf breiter Materialbasis belegt dies SCHMID (wie Anm. 50), S. 454-488.

⁸⁶ Vgl. etwa AP/EPD/AFP, *Erinnerung an Opfer des anderen 9. November*, in: *Tagespiegel*, 10.11.1999, S. 4.

⁸⁷ T. MACHO, *Der 9. November. Kalender als Chiffren der Macht*, in: *Merkur* 54 (2000), S. 239. Um eine ‚Konstruktion‘ handelt es sich, weil die Synagogen in den meisten Städten am 10. und nicht am 9. November zerstört wurden. Dies betont BODEMANN (wie Anm. 51), S. 91; DERS., *Doppelt gedenken hält besser*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.11.2000, S. 56.

⁸⁸ So M. NAUMANN, *Blick in die Tiefe der Täterschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.04.1999, S. 46.

⁸⁹ Vgl. KIRSCH (wie Anm. 23), S. 151-200; K. NAUMANN, *Der Krieg als Text. Das Jahr 1945 im kulturellen Gedächtnis der Presse*, Hamburg 1998.

⁹⁰ REICHEL (wie Anm. 5), S. 282 f.

⁹¹ Vgl. W. WETTE, *Lieber als Helfer krepieren*, in: *Die Zeit*, 04.05.2000, S. 19; DERS., *Ich habe nur als Mensch gehandelt*, in: *Frankfurter Rundschau*, 08.05.2001, S. 16; P. STEINKAMP, *Die schwierige Tradition*, in: *tageszeitung*, 10.05.2000, S. 11; F. STERN, *Am Grab des unbekannteren Retters*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.05.2000, S. 54 (Laudatio); R.B. GOLDMANN, *Eine Ehrung, der Ehre gebührt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.05.2000, S. 12; A. LUSTIGER, *Feldwebel Anton Schmid*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.06.2000, S. III. Zuvor trug die Rendsburger Ka-

Die Gedenkpraxis des 20. Juli läßt seit der deutschen Einheit eine andere Tendenz erkennen. Trotz der fachwissenschaftlichen Pluralisierung des Widerstandsbilds hat in den neunziger Jahren eine neue politische Indienstnahme begonnen. Im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestags beabsichtigte ein Sohn des Hitler-Attentäters Stauffenberg, aus der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand alle Hinweise auf Kommunisten und spätere DDR-Politiker entfernen zu lassen. Der Vorstoß konnte abgewehrt werden, ist als „geschichtspolitisches Symptom“ aber dennoch bemerkenswert.⁹² Ebenfalls 1994 beschienigte Bundeskanzler Helmut Kohl den Widerständlern eine „untrennbare Einheit“ von „patriotischer Gesinnung“ und „Treue zu universellen ethischen Werten“, auch wenn er einräumen mußte, daß manche ihrer Vorstellungen „zeitbedingt“ gewesen seien.⁹³ Verteidigungsminister Volker Rühle betonte in Anknüpfung an Topoi der fünfziger Jahre, die Attentäter hätten „Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die die Naziverbrecher unserem Land geraubt hatten.“⁹⁴

Derartige Versuche zur Erneuerung eines positiven Nationalgefühls endeten keineswegs mit dem Regierungswechsel vom Herbst 1998. So behauptete Rühes Nachfolger Rudolf Scharping bei der Gedenkfeier am 20. Juli 1999: „Vom Widerstand führt eine gerade Linie zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.“ Die Bundeswehr stehe „in der Tradition der Ideale des deutschen Widerstands“, wenn sie sich zur Durchsetzung der Menschenrechte an Militärinterventionen wie im Kosovo beteilige.⁹⁵ Seither besetzt das Verteidigungsministerium den 20. Juli regelmäßig mit öffentlichen Gelöbnis-

serne den Namen von Generaloberst Günther Rüdell, der im Zweiten Weltkrieg an der Verurteilung von Widerständlern mitgewirkt hatte.

- ⁹² Vgl. P. STEINBACH, *Teufel Hitler – Beelzebub Stalin? Zur Kontroverse um die Darstellung des Nationalkomitees Freies Deutschland in der ständigen Ausstellung ‚Widerstand gegen den Nationalsozialismus‘ in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), S. 651-661, Zitat S. 661; D.J. CASE, *The Politics of Memorial Representation. The Controversy Over the German Resistance Museum in 1994*, in: *German Politics and Society* 16 (1998) 1, S. 58-81.
- ⁹³ H. KOHL, *Der 20. Juli – Verpflichtung und Vermächtnis* (20.07.1994), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 22.07.1994, S. 645 ff. Zur ‚Zeitbedingtheit vgl. etwa C. DIPPER, *Der 20. Juli und die Judenfrage*, in: *Die Zeit*, 01.07.1994, S. 70; DERS., *Der deutsche Widerstand und die Juden*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 349-380; H. MOMMSEN, *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*, München 2000.
- ⁹⁴ V. RÜHE, *„Aufstand des Gewissens“ – Gedenken an den militärischen Widerstand* (19.07.1994), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 22.07.1994, S. 647 f. Zum Bemühen, den 20. Juli als ‚reinigenden Akt der Neugründung‘ hinzustellen, vgl. auch H. LOEWY, *Der Widerstand zwischen unbequemer Erinnerung und nationalem Mythos*, in: G.R. UEBERSCHÄR (Hrsg.), *NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler*, Darmstadt 2000, S. 3-13.
- ⁹⁵ R. SCHARPING, *Ein Gewissen gegen die Gewalt* (20.07.1999), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 30.07.1999, S. 487 ff. Zur Umdeutung der NS-Vergangenheit im Diskurs über den Kosovo-Krieg vgl. auch M. SCHWABTRAPP, *Der Kosovokrieg und die deutsche politische Kultur des Krieges*, in: *Sozialer Sinn* 2 (2001), S. 233-258.

sen. Unabhängig davon, was man von solchen Zeremonien halten mag, stellt dies eine eklatante Verengung des historischen Erinnerns für politische Gegenwartsabsichten dar.⁹⁶

Eine durchaus positive, freilich weniger beachtete Entwicklung hat der Volkstrauertag seit der deutschen Einheit genommen. Anders als bei früheren Gedenkstunden zu diesem Anlaß haben die meisten Redner der letzten Jahre den Zusammenhang von Zweitem Weltkrieg und Völkermord deutlich angesprochen. Der evangelische Bischof Christoph Demke hob 1991 hervor, daß die Bundesbürger „nicht nur Nachfahren der Opfer, sondern immer auch Erben der Täter“ seien; der Pfarrer Friedrich Schorlemmer fragte 1994, warum die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure weiterhin auf sich warten lasse.⁹⁷ Mehrere Redner haben Überlegungen angestellt, was ‚Trauer‘ im Umgang mit der deutschen Vergangenheit heute überhaupt heißen könne (z.B. Michael Wolffsohn 1995 und Johannes Rau 1996). Die Formen des Gedenkens werden somit selbst zum Gegenstand der Reflexion.

Fazit

Die verallgemeinernden Helden- und Opfererzählungen der frühen Nachkriegszeit haben in den vergangenen Jahrzehnten an Plausibilität verloren, während der Holocaust ins Zentrum der Wahrnehmung gerückt ist. Die Veränderungsschübe der (westdeutschen) Erinnerungskultur sind mehreren Faktoren zuzuschreiben: dem Generationswandel, den wiederholten öffentlichen Konflikten, der Geschichtswissenschaft sowie nicht zuletzt dem Engagement von Einzelpersonen. Die inzwischen konsensuelle Bewertung des Nationalsozialismus als Negation der Humanität hat allerdings neue mythisierende Elemente hervorgebracht bzw. ältere Dämonisierungsstrategien wiederbelebt.⁹⁸ Trotz eines beachtlichen Spektrums von Informationsangeboten herrscht bezüglich der NS-Zeit oft ‚viel Meinung‘, aber ‚keine Ahnung‘.⁹⁹

⁹⁶ Als Kritik vgl. etwa „Eine Übermächtigung der Geschichte“, in: *tageszeitung*, 19.07.1999, S. 19 (Interview mit Wolfgang Wippermann); S. REINECKE, *Wir sind die Guten*, in: *tageszeitung*, 20.07.1999, S. 10; DERS., *Neue Erinnerungspolitik*, in: *Der Tagesspiegel*, 21.07.2000, S. 8; T. FITZEL, *Widerspruch der Symbole*, in: *tageszeitung*, 20.07.2000, S. 11; satirisch: W. DROSTE, *parteisoldaten sind mörder*, in: *tageszeitung*, 20.07.2001, S. 20. Daß Paul Spiegel im Jahr 2001 als Redner eingeladen wurde, sollte alle Skeptiker widerlegen; es gehörte freilich zu der inszenierten nationalen Läuterung hinzu.

⁹⁷ C. DEMKE, *Wir können nicht der Opfer gedenken und die Täter vergessen* (17.11.1991), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 19.11.1991, S. 1066; F. SCHORLEMMER, *Gedenkrede* (13.11.1994), in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 17.11.1994, S. 975.

⁹⁸ Als pars pro toto vgl. den *Spiegel*-Titel vom 25.10.1999 mit einem Hitlerporträt und der Überschrift *Das Monster des 20. Jahrhunderts*.

⁹⁹ *Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), S. 566 (Interview mit U. HERBERT).

Für die Zukunft des Gedenkens und speziell der Gedenktage sind daraus folgende Konsequenzen abzuleiten:

1. Um die Aufmerksamkeit überhaupt auf den Nationalsozialismus zu lenken, sind Gedenktage heute nicht mehr zwingend notwendig; sie können aber eine intensivere Beschäftigung mit der Vergangenheit anregen. Dabei tauchen immer wieder Aspekte auf, die bisher nur unzureichend beachtet worden sind oder nach gewissem Abstand in verändertem Licht erscheinen. ‚Gedenken‘ und ‚Erforschen‘ sind zwar differente Erinnerungsmodi,¹⁰⁰ können einander jedoch ergänzen.
2. So wichtig der Nationalsozialismus innerhalb der deutschen, europäischen und globalen Geschichte ist, so wenig darf sich das Gedenken auf ein verengtes ‚Holocaust-Bewußtsein‘ beschränken. Kontinuitäten und Brüche werden nur dann verständlich, wenn auch die Epochen vor 1933 und nach 1945 in ein historisches Selbstverständnis der heutigen Akteure eingehen.¹⁰¹
3. Die Strategien und Narrative der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ gehören inzwischen selbst der Vergangenheit an; die Phase der ‚Vergangenheitsbewahrung‘ enthält neue Anforderungen.¹⁰² Insbesondere muß es darum gehen, die Pluralität der Erinnerungskultur mit ihren verschiedenen Orten, Bezugsdaten und Trägern zu stärken. Den Tendenzen zur Verfestigung und Zentralisierung, die sich aus dem wachsenden Zeitabstand ergeben, kann eine solche Vielfalt noch am ehesten entgegenwirken. Die Frage nach dem ‚deutschen Tag‘ ist unbeantwortbar, ja sie ist schon falsch gestellt.¹⁰³

¹⁰⁰ Vgl. W. ESSBACH, *Gedenken oder Erforschen. Zur sozialen Funktion von Vergangenheitsrepräsentation*, in: N. BERG/J. JOCHIMSEN/B. STIEGLER (Hrsg.), *Shoah. Formen der Erinnerung. Geschichte, Philosophie, Literatur, Kunst*, München 1996, S. 131-144.

¹⁰¹ In diesem Punkt folge ich Karl Heinz Bohrer's Kritik, daß den Deutschen ein „historisches Fernverhältnis“ fehle. Die Perspektive seiner Argumentation und seine Folgerungen müßten allerdings diskutiert werden. Vgl. u.a. K.H. BOHRER, *Schuldkultur oder Schamkultur. Der Verlust an historischem Gedächtnis* (1998), in: DERS., *Provinzialismus. Ein physiognomisches Panorama*, München/Wien 2000, S. 150-163; DERS., *Erinnerungslosigkeit*, in: *Frankfurter Rundschau*, 16.06.2001, S. 20 f.

¹⁰² So A. ASSMANN, in: DIES./U. FREVERT, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 146.

¹⁰³ Vgl. die erhellende Kritik von K.D. BREDTHAUER, *Höhen & Tiefen. Oder: Der deutsche Tag*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), S. 1443-1450.